

Plenarsitzung

7. Mai 2020, 16.00 Uhr

Vorsitz: Präses Prof. Norbert Aust

Tagesordnung

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. April 2020 (Anlage 1)**
- 3. Verpflichtung zur objektiven Wahrnehmung der Aufgaben – Compliance Kodex (Anlage 2)**
- 4. Berichte**
 - a) Berichte des Präsidiums**
 - b) Bericht des stellv. Hauptgeschäftsführers**
 - c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
 - d) Berichte aus den Ausschüssen**
- 5. Beschluss über die 15. Änderung der Satzung (Anlage 3)**
- 6. Beschlüsse über die Änderung der Geschäftsordnung (Anlage 4)**
 - a) Beschluss über die Änderung der Geschäftsordnung des Plenums**
 - b) Beschluss über die Änderung der Geschäftsordnung der Ausschüsse**
 - c) Beschluss über die Aufhebung der Genehmigung der Geschäftsordnung der Geschäftsführung**
- 7. Beschluss über die Ausschussstruktur der Wahlperiode 2020 – 2024 (Anlage 5)**
- 8. Gremienangelegenheiten**

a) Wahl der Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen der Handelskammer Hamburg für die Wahlperiode 2020 – 2024

b) Wahl der Mitglieder des Ausschusses für Finanzen der Handelskammer Hamburg (Anlage 7)

9. Bericht über den Kassensturz der Handelskammer Hamburg

10. Vorstellung: „Wege aus der Krise“ – norddeutsche Position

11. Verschiedenes

Anwesend:

Herr Präses Prof. Aust, Herren Vizepräses Baur, Pirck, van der Schalk, Frauen Vizepräses Nissen Schmidt, Dr. Hees, Warning

Frau Ahlers, Frau Beckmann, Herren Bender, Brauer, Dr. Brill, Dr. Buhck, Eick, Flotow, Franzen, Friemel, Groninger, Frau Harbs, Herren Harders, Hartmann, Frau Haug, Herren Heinemann, Jamil, Frau Kartenbeck, Herren Dr. Killinger, Kloth, Koopmann, Frau Krawehl, Herr Dr. Kruse, Frau Kunicki, Herren Heinz Lehmann, Thorsten Lehmann, Lintzen, Lorenz-Meyer, Mähl, Dr. Mecke, Portmann, Radtke, Frau Schoras, Herren Sebbesse, Stacklies, Stanislawski, Vatter, Frau Willhöft, Frau Witthöft, Herren Wöhlke, Wulff, Zippel;

zugeschaltete Plenarier:

Herr von Bülow, Herr Gehrckens, Herr Gartz, Herr Lüchow

darunter Gäste im Plenum: Herren Dürre, Enkerts, Asmus

Aus dem Hauptamt:

Herren Alexy (IT), Funke (IT), Graf, Grams, Dr. Henze, Kornella, Laue, Frau Dr. Ölschläger, Frau Schmidt, Herren Swantusch (IT), Dr. Süß, Ulrich, Frau Theis, Frau Wilhus, Frau Jacob (Protokoll);

Entschuldigt fehlen: Frau Bosmann, Herren Dr. Gent, Dr. Pelka, Frau Rohwedder, Herren Schmelzer, Schneider, Frau Wellner, Frau Welzel;

Zu Beginn der Sitzung befinden sich 49 Abstimmungsberechtigte im Albert-Schäfer-Saal und zwei sind per Microsoft Teams zugeschaltet.

Herr Präses Prof. Aust eröffnet die Sitzung und bittet die Anwesenden sich anlässlich eines Trauerfalls zu erheben. Er unterrichtet die Anwesenden von dem Ableben einer geschätzten Mitarbeiterin aus der Abteilung „Mitgliederdaten, Beitrag“, die noch im aktiven Dienst gewesen sei und spricht den Hinterbliebenen sein Mitgefühl aus. Die Anwesenden gedenken Ihr in Ehre durch einen Moment der Stille.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Präses Prof. Aust schlägt vor, TOP 5 und TOP 6 von der Tagesordnung zu nehmen, um dem Plenum ausreichend Zeit zu geben, sich vertiefter mit den Regelwerken – IHK-Gesetz, Satzung und Geschäftsordnungen – zu befassen. Derzeit liege kein akuter Handlungsbedarf für eine sofortige Beschlussfassung vor. Er danke an dieser Stelle Frau Nack-Warenycia und den übrigen Mitgliedern der Projektgruppe Satzungsevaluation für ihre engagierte Arbeit zur Formulierung der im Dezember 2019 beschlossenen Satzungsänderung. Mit der Wahl des neuen Präsidiums am 3. April 2020 sei das Mandat dieser Projektgruppe beendet.

Herr Dr. Buhck fragt, wie lange eine Abstimmung mit der Rechtsaufsicht andauern werde und ob die letzten rechtlichen Fragen mit der Rechtsaufsicht rechtzeitig vor der Neubesetzung der Ausschüsse geklärt werden könnten. Herr Präses Prof. Aust teilt mit, dass die Satzungsnovelle und die Geschäftsordnungen ggf. auch im Rahmen einer Sondersitzung beschlossen werden könnten. Bis dahin gelte bei einer Neubesetzung der Ausschüsse die aktuell gültige Fassung der Satzung sowie der Geschäftsordnung für die Gremien.

Frau Beckmann und Frau Harbs regen an, die Mitglieder der Projektgruppe Satzungsevaluation als Wissensträger ebenfalls in den weiteren Prozess einzubinden. Herr Präses Prof. Aust weist darauf hin, dass die neue Satzung von dem aktuellen Plenum getragen werden müsse. In diesem Zusammenhang kündigt er eine Informationsveranstaltung für Plenarmitglieder zu den Rechtsgrundlagen der Handelskammer und der 15. Änderung der Kammeratzung an.

Frau Ahlers, Herr Vizepräsident Pirck und Herr Wöhlke befürworten eine zeitliche Verschiebung der Beschlussfassung, um mehr Informationen über die Reichweite der geplanten Änderungen zu erhalten. Herr Vizepräsident Pirck unterstreicht, rechtliche Bedenken der Aufsichtsbehörde an der im Dezember-Plenum 2019 beschlossenen Satzungsänderung seien bereits zum Zeitpunkt der damaligen Beschlussfassung bekannt gewesen. Herr Wöhlke plädiert dafür, die Satzung weitestmöglich zu entschlacken, um ein effizienteres Arbeiten zu erzielen.

Herr Graf erläutert auf Bitten von Herrn Präses Prof. Aust den Geschehensablauf. Die am 13. Dezember 2019 beschlossene Satzungsänderung sei, anders als üblich, zuvor nicht mit der Rechtsaufsichtsbehörde abgestimmt gewesen. Kurz vor der Plenarsitzung habe die Behörde auf rechtliche Problempunkte hingewiesen. Im Januar 2020 sei der Satzungstext, der gemäß Plenarbeschluss vom 13. Dezember 2019 noch im Hinblick auf eine geschlechtsneutrale Sprache überarbeitet werden musste, bei der Rechtsaufsicht zur Genehmigung eingereicht worden. Um die Satzungsänderung bestmöglich interpretieren zu können, habe die Rechtsaufsicht zusätzlich um Übersendung der drei Geschäftsordnungen für das Plenum, die Ausschüsse und die Geschäftsführung gebeten. Diese drei Geschäftsordnungen seien in den Plenarsitzungen im Februar und März 2020 beschlossen und anschließend an die Behörde gegeben worden. Am 3. April 2020, vor der konstituierenden Sitzung des neugewählten Plenums, habe die Rechtsaufsicht mitgeteilt, der Genehmigungsvorgang habe wegen Gesprächsbedarfs mit der Handelskammer zu diversen rechtlichen Aspekten der Satzungsänderung noch nicht abgeschlossen werden können. Herr Graf erläutert weiter, die

im Auftrag des Präsidiums für die Mai-Plenarsitzung erarbeitete Vorlage zu einer Fortschreibung der Satzungsänderung (Änderung der 15. Änderung der Satzung) sei mit der Rechtsaufsicht vorabgestimmt, d. h. die Behörde halte diese Fassung für genehmigungsfähig. Angesichts der komplexen Materie und der unterschiedlichen Informationslage der Plenarmitglieder, so Herr Graf weiter, sei die von Herrn Präses Prof. Aust angekündigte Informationsveranstaltung gleichwohl sehr zu begrüßen.

Herr Brauer befürwortet die Vertagung der Abstimmung über TOP 5 und TOP 6, da es noch Unklarheiten und Dissense gebe. Dies werde zu einem Informationsgewinn führen, während sich das Plenum jetzt auf dringlicheren Aufgaben, wie den Umgang mit der Corona Krise, konzentrieren könne.

Das Plenum beschließt die Genehmigung der Tagesordnung unter Vertagung von TOP 5 und TOP 6 einstimmig mit 50 Ja-Stimmen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 3. April 2020 (Anlage 1)

Herr Präses Prof. Aust stellt fest, dass das Protokoll der April-Sitzung den Plenarmitgliedern mit den Plenarunterlagen fristgerecht zugegangen sei.

Frau Beckmann erfragt, ob die Zuschaltung per Video bzw. Audio technisch funktioniere. Dies wird durch die zugeschalteten Plenarier und die für die Technik eingesetzten Mitarbeiter bestätigt.

Anmerkungen zum Protokoll seien nicht eingereicht worden.

Das Plenum genehmigt das Protokoll der Plenarsitzung vom 3. April 2020 einstimmig und beschließt die Veröffentlichung auf hk24.de.

TOP 3: Verpflichtung zur objektiven Wahrnehmung der Aufgaben – Compliance Kodex (Anlage 2)

Herr Präses Prof. Aust stellt den vom Plenum am 3. März 2016 verabschiedeten Compliance-Kodex vor. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die konkretisierten Verhaltensregeln für die Plenarier als Ehrenamtsträger einer öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörperschaft nach dem IHK-Gesetz, der Satzung und anderen Rechtsgrundsätzen verbindlich seien und verpflichtet die Plenarier auf die Einhaltung des Kodex. Oberstes Gebot sei die objektive und von Eigeninteressen freie Wahrnehmung des Mandats. Persönliche Interessen oder eigene Vorteile seien auszublenden und das Gesamtinteresse der Hamburger Wirtschaft zu vertreten. Hierbei seien die Interessen aller Branchen und aller Unternehmensgrößen abzuwägen und ausgleichend zu berücksichtigen. Dabei sei in besonderem Maße der Fokus auf Aktivitäten als Amtsträger zu richten, insbesondere im Kontakt mit den Medien bei wirtschaftspolitischen Themen,. Die parteipolitische Neutralität sei zu wahren. Eine persönliche Bereicherung sei selbstverständlich ausgeschlossen, nicht jedoch die Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen der Handelskammer oder die Übernahme von bezahlten Aufträgen im fairen und transparenten Wettbewerb. Sofern es im Einzelfall zu Unsicherheiten bei der Auslegung des Compliance-Kodex komme, stehe das Hauptamt als Ansprechpartner bereit. Vertraulichkeit und Verschwiegenheit seien während der Amtstätigkeit und auch nach dem Ausscheiden aus dem Ehrenamt zu wahren. Die Plenarsitzungen seien allerdings öffentliche Sitzungen, die mit einem Live-Audio-Stream im Internet übertragen werden. Bei einem Bekanntwerden von etwaigen Compliance-Verstößen könne das Präsidium oder der Hauptgeschäftsführer eingeschaltet werden. Zusätzlich sei es auch anonym möglich, sich an die externe Hinweisgeberstelle der Handelskammer bei der Anwaltssozietät CMS Hasche Sigle, zu wenden. Dies könne beispielsweise über eine Hotline geschehen, die auf der Website der Handelskammer angegeben sei. Die Hinweisgeberstelle sei zuständig für Informationen über Straftaten und bußgeldbewehrte Ordnungswidrigkeiten von Mitarbeitern oder

Ehrenamtsträgern in Ausübung ihrer Tätigkeit bei der Handelskammer. Nicht zuständig sei die Stelle dagegen für einfache Beschwerden zum Verwaltungsverfahren der Handelskammer, etwa in der Berufsbildung oder im Beitragsbereich. Herr Präses Prof. Aust bittet die Plenarier, durch Unterschrift auf den zur Verfügung gestellten Vordrucken zu bestätigen, dass sie den Compliance-Kodex zur Kenntnis genommen haben und sich dessen Verbindlichkeit bewusst sind.

TOP 4: Bericht

a) Berichte des Präsidiums

Herr Präses Prof. Aust berichtet über die derzeitigen Themen und Termine des Präsidiums. Zunächst seien die aktuellen Positionen zur Corona Krise gegenüber der Politik artikuliert worden. Dazu seien im Rahmen der laufenden Koalitionsverhandlungen ein Brief an den Ersten Bürgermeister und die Zweite Bürgermeisterin, den Finanzsenator und den Wirtschaftssenator versandt worden. Inhaltlich sei die Betonung auf die norddeutsche Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit in der Metropolregion und notwendigen Entscheidungen zur Verkehrsinfrastruktur im Hinblick auf den Hafen, das Thema attraktive Innenstadt mit dem Augenmerk auf die Mobilität und die Stärkung des Gründungsstandortes erörtert worden. Er berichtet von dem Antrittsbesuch von Frau Vizepräsidentin Nissen-Schmidt, Herrn Grams und seiner Person bei Wirtschaftssenator Westhagemann, in welchem sie dem Senat konstruktive Zusammenarbeit und branchenspezifische Unterstützung zugesagt hätten. Darüber hinaus seien die für die Bürgerschaftswahlen und Koalitionsverhandlungen erarbeiteten Forderungen dem Senat, den Parteien und den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden. Ein Konjunkturpaket sei angemahnt worden, um nicht nur Wege aus der Corona Krise aufzuzeigen, sondern auch um die Stadt zukunftsfähig zu machen.

Herr Präses Prof. Aust informiert darüber hinaus, dass das Präsidium im Rahmen seines Mandats für die Suche einer Hauptgeschäftsführung die Personalberatungsgesellschaft Delta Management GmbH beauftragt habe. Nach Einholung von vier Angeboten sei in der Sitzung des Präsidiums vom 14. April der Vergabezuschlag aufgrund der überzeugenden Referenzen und dem Preis-Leistungsverhältnis an die genannte Gesellschaft erteilt worden. Am 20. April habe das Präsidium aus seiner Mitte eine Findungskommission, bestehend aus den Vizepräsidenten Frau Nissen-Schmidt, Herrn Baur und Herrn Pirck und seiner Person, einberufen. Die Personalberatungsgesellschaft hätte eine Stellenanzeige erarbeitet und über die Kanäle der Handelskammer sowie auf Stepstone veröffentlicht. Es sei geplant, in der Juni-Sitzung dem Plenum einen geeigneten Vorschlag für die Besetzung der Hauptgeschäftsführung zu unterbreiten.

Frau Vizepräsidentin Warning berichtet über die Bedeutung der Erreichbarkeit der Mitglieder per Email, um insbesondere über die Aktivitäten und Serviceleistungen zu informieren. In diesem Kontext bittet sie die Mitglieder des Plenums, Einwilligungserklärungen für Nutzung ihrer Emailadressen abzugeben, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Frau Vizepräsidentin Nissen-Schmidt erläutert zwei Verfahren zur Grundsteuerermittlung und bittet in diesem Zusammenhang um die Teilnahme an einer Umfrage, die durch verschiedene Verbände verschickt worden sei. Sie weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass die Handelskammer grundsätzlich das im Sinne des Bürokratieabbaus weniger bürokratische Verfahren unterstütze.

b) Bericht des stellv. Hauptgeschäftsführers

Herr Grams berichtet über die Maßnahmen, die zur Handlungsfähigkeit der Handelskammer in der Krise getroffen wurden, über die Ausrichtungen der Kammer zur Bewältigung der Corona

Krise, über Wege zur finanziellen Entlastung für Unternehmer, Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität mit und zwischen den Hamburger Unternehmen sowie die Entwicklung eines wirtschaftspolitischen Maßnahmenplans. Seit Beginn der Krise hätten die Mitarbeiter die Möglichkeit, vollumfänglich im mobile office ihrer Arbeit nachzukommen. Auf Gesetzesebene sei die Änderung des IHK-Gesetzes dahingehend geplant, dass virtuelle Gremiensitzungen stattfinden könnten. Personell sei die Struktur der Handelskammer so ausgerichtet, dass die Handelskammer Anfragen der Mitgliedsunternehmer durch eine Hotline und zentralen Postfächern bedienen könne, insbesondere mit dem Blick auf rechtliche und finanzielle Fragen. Zukünftig erwarte die Handelskammer jedoch beratungsintensivere Fragen zum Insolvenzrecht und zur unternehmerischen Krisenbewältigung. Die Handelskammer sei zudem dabei, systematische Abstimmungsprozesse mit bereits vorhandenen Institutionen (z.B. des Fachkräftenetzwerkes) und branchenspezifischen neuen Netzwerken bzw. Runden Tischen aufzubauen. Digitale Beratungsangebote seien ebenfalls ins Leben gerufen worden und würden permanent ausgebaut. Die Mitglieder würden Stundungsmöglichkeiten für den Beitrag von bis zu 12 Monaten, sowie die Möglichkeit der Ratenzahlung erhalten. Solidaritätsaktivitäten würden durch die Kammer beworben und initiiert. Darüber hinaus werde versucht, einen Solidaritätsfond ins Leben zu rufen. Im Bereich der Interessensvertretung sind wirtschaftspolitische Forderungen in die Positionspapiere der IHK Nord Papiere eingeflossen.

Herr Präses Prof. Aust weist auf die Konjunkturberichte der Handelskammer Hamburg hin, die auf HK Connect abrufbar seien.

c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums

Frau Beckmann bittet darum, neben der Corona Krise auch den Fokus auf die Klimawende zu legen und ein Krisenpräventionsnetzwerk zu entwickeln. Herr Zippel schließt sich der Bitte ausdrücklich an. Herr Wöhlke ergänzt und bittet auf Grundlage der von dem Hamburger Weltwirtschaftsinstitut veröffentlichten Papiere darum, vor allem Zukunftsarbeitsplätze schaffen.

Herr Brauer weist daraufhin, dass das Plenum, wie bereits beschlossen, für die Arbeit in den Ausschüssen in der Hamburger Wirtschaft werben solle. Frau Harbs bittet um die Erarbeitung von Hygienekonzepten für Einzelhändler, um die Unternehmer von etwaigen Ordnungsverfahren und Bußgeldern zu schützen. Herr Grams antwortet, dass bereits Hygiene- und Schutzvorschriften als Leifaden für Unternehmer erarbeitet und zur Verfügung gestellt würden.

d) Berichte aus den Ausschüssen

Herr Dürre berichtet aus dem Ausschuss für Energie, dass die Zusammenlegung der Ausschüsse Energie und Umwelt kritisch gesehen werde. Er plädiere dafür, den Ausschuss in Ausschuss für Energie, Klima und Umwelt umzubenennen.

Herr Asmus halte die Aufteilung des Verkehrsausschusses in die Ausschüsse für Hafen und Logistik sowie Stadtentwicklung und Mobilität für schwierig. Im Bereich des Landverkehrs solle seiner Auffassung nach zudem über Kooptationen nachgedacht werden.

Die Mitglieder des Plenums diskutieren intensiv über die Zusammenlegung der Ausschüsse. Zum überwiegenden Teil wird die Zusammenlegung befürwortet, mit dem Argument, dass viele Themen mehrere Ausschüsse gleichzeitig betreffen und durch die Zusammenlegung ein effektiveres Arbeiten ermöglicht werden könne.

TOP 7 (Neu TOP 5): Beschluss über die Ausschussstruktur der Wahlperiode 2020 – 2024 (Anlage 5)

Frau Vizepräsidentin Nissen-Schmidt weist auf die Notwendigkeit der schnellstmöglichen Umsetzung einer neuen Ausschussstruktur und Besetzung der Ausschüsse hin. Die Ausschussarbeit sei ein wichtiges Element für die Entscheidungsfindung des Plenums.

Herr Ulrich stellt die neu ausgearbeitete Ausschussstruktur der Wahlperiode 2020 bis 2024 vor. Er weist darauf hin, dass jedes Plenum die Ausschüsse neu besetze und die Ausschüsse die Arbeit des Plenums und des Präsidiums thematisch vorbereiten und unterstützen. Dabei betont er, dass jedes Plenum die Anzahl und die konkreten Zuständigkeitsbereiche für die Ausschüsse selbst auswählen könne. Er erläutert, dass grundsätzlich die Kontinuität in den Ausschüssen von Bedeutung sei und daher nur punktuelle Änderungen vorgenommen worden seien. Er führt aus, dass das Plenum das Beschlussorgan der Handelskammer und damit für die Formulierung des Gesamtinteresses verantwortlich sei. Hierbei würden Vorschläge der Ausschüsse über das Präsidium an das Plenum herangetragen werden. Ziel sei es, die Gesamtinteressenvertretung dahingehend zu bündeln, dass die Interessen in den Branchen als harmonisches Gesamtkonzept wiedergespiegelt werden könnten. Eine Evaluierung habe ergeben, dass der Output der bisherigen Ausschüsse unterschiedlich stark ausgeprägt gewesen sei. Einige Ausschüsse hätten viel Output im Hinblick auf Positionspapiere gehabt, während andere Ausschüsse bspw. Veranstaltungskonzepte vorangetrieben hätten. Die Präsenzquote sei in einigen Ausschüssen auffällig niedrig gewesen und daher für die Zukunft diskussionswürdig. Er betont, dass es kaum mehr monothematische Themenfelder gebe, sodass es in der Ausschussarbeit oft zu thematischen Überschneidungen gekommen sei. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass in den letzten drei Jahren die ausschussübergreifende Projektarbeit sehr gut funktioniert habe und daher beibehalten werden sollte. Hierbei wäre viel Knowhow von Ausschussmitgliedern und anderen Gruppen, wie bspw. den Wirtschaftsjuristen, zusammengekommen. Als Ansatz für eine gute Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen und der Anzahl an Ausschüssen empfehle er einen Blick auf andere IHKs zu werfen. Er erklärt, dass die Handelskammer derzeit mit 35 Ausschüssen Spitzenreiter unter den IHKs sei und regt daher an, diese im Sinne der Ressourceneffizienz zu reduzieren. Es werde daher eine Reduktion von 35 auf 20 Ausschüssen vorgeschlagen. Derzeit seien 850 ehrenamtliche Mitglieder im Amt, auf dessen Knowhow die Handelskammer angewiesen sei. Zukünftig sei es das Ziel zu einer stärkeren Outputorientierung zu kommen. Er erklärt die Bedeutung von Arbeitskreisen und zählt in diesem Zusammenhang die formell rechtlichen Zusammenhänge auf. Anschließend führt er die in der Anlage 5 genannten und für die neue Ausschussstruktur vorgeschlagenen Ausschüsse auf.

Frau Vizepräsidentin Nissen-Schmidt führt aus, dass es sich bei dem Vorschlag um das Ergebnis einer ausführlichen Diskussion handle. Sie weist darauf hin, dass es sich um unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit in Arbeitskreisen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen handle. Sie betont dabei die Bedeutung jeder Form der Zusammenarbeit. Zudem führt sie aus, dass viele Unternehmer eine agilere Zusammenarbeit bevorzugen würden. Das Präsidium werde nach einem Jahr eine Evaluation der Ausschussstruktur vornehmen.

Herr Brauer betont, dass Arbeitskreise nicht geringwertiger als Ausschüsse seien. Herr Dr. Buhck und Herr Dr. Killinger fragen nach dem Verhältnis von Arbeitskreisen zu Ausschüssen. Herr Ulrich erklärt, dass es zwischen den Ausschüssen und Arbeitskreisen eine thematische Nähe gebe, die Arbeitskreise aber weniger an formale Anforderungen gebunden seien. Herr Dr. Brill führt aus, dass das Plenum den Ausschüssen gegenüber eine gewisse Erwartungshaltung habe. Herr Vizepräsident Pirck plädiert dafür, den Output der Ausschüsse zu erhöhen. Jeder, der Lust habe sich zu engagieren, solle sich mit einbringen können. Frau Schoras erklärt, dass Arbeitskreise Themen ebenso gut voranbringen könnten wie Ausschüsse.

Frau Beckmann beantragt die Vertagung der Entscheidung über die neuen Ausschussstrukturen.

Das Plenum lehnt den Antrag von Frau Beckmann, den Beschluss über die neue Ausschussstrukturen zu vertagen, mit 47 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen und 2 Ja-Stimmen ab.

Das Plenum beschließt mit 49 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 1 Gegenstimme die Errichtung von 20 Handelskammer-Ausschüssen für die aktuelle Legislatur gemäß der Vorlage (Anlage 5) unter dem Vorbehalt, dass das Präsidium nach einem Jahr eine Evaluierung der Ausschussstrukturen vornehmen werde.

TOP 8 (Neu TOP 6):

a) Wahl der Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen der Handelskammer Hamburg für die Wahlperiode 2020 – 2024

Das Plenum wählt auf Vorschlag des Präsidiums mit 45 Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen und einer Gegenstimme Frau Vizepräsidentin Nissen-Schmidt zur Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen.

b) Wahl der Mitglieder des Ausschusses für Finanzen der Handelskammer Hamburg (Anlage 7)

Das Plenum wählt auf Vorschlag des Präsidiums mit 46 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen Herrn Brauer, Herrn Dr. Brill, Herrn Franzen, Herrn Heinemann, Frau Kartenbeck, Herrn Lintzen und Herrn Dr. Mecke zu Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen der Handelskammer.

TOP 9 (Neu TOP 7): Bericht über den Kassensturz der Handelskammer Hamburg

Herr Franzen berichtet über den Kassensturz der Handelskammer. Er betont, dass dem Kassensturz der Jahresabschluss 2019 sowie der Wirtschaftsplan 2020 zu Grunde lägen. Das Hauptaugenmerk seiner Betrachtung würde neben dem laufenden Geschäft der Handelskammer auf den jährlich wachsenden Pensionsrückstellungen liegen. Diese seien abhängig vom niedrigen Kapitalmarktzins und der Anzahl der Bezugsberechtigten. Eine Ausgliederung der Pensionsrückstellungen würde aus jetzigem Zeitpunkt wegen einer etwaigen Nachhaftung nicht mehr sinnvoll sein. Allerdings liege derzeit ein nicht unerheblicher Rechtsstreit vor dem BAG im Zusammenhang mit der VO I vor, deren Ausgang die mittelfristige Finanzplanung beeinflusse. Sofern der Rechtsstreit zugunsten der Handelskammer entschieden werde, gelte gemäß Plenarbeschluss die Beitragsplanung 40 Mio. EUR für 2020, 38 Mio. EUR für 2021, 36,5 Mio. EUR für 2022 und 35 Mio. EUR für 2023. Der Plenarbeschluss vom 7. November 2019 visiert hingegen eine Beitragsplanung von je 40 Mio. EUR in den Jahren 2020 bis 2022 an und 35 Mio. EUR für 2023. Ziel dieser Planungen war eine angestrebte weitere Beitragssenkung. Diese Zahlen seien natürlich vor der Corona-Pandemie erstellt worden. Die Entscheidung des BAG werde zum Oktober 2020 erwartet. In diesem Kontext informiert Herr Franzen auch, dass die Handelskammer keine stillen Reserven besitze, trotz der Vermögenswerte wie etwa dem Mönckedamm 7, dem HKIC und etwaigen Wertpapieren. Der Wert der Aktien und Rentenpapiere, die die Kammer zur Absicherung der Pensionen besitze, sei im Zuge des allgemeinen Börsensturzes im Rahmen der Corona-Pandemie um rd. 6,7 % gesunken. Er informiert darüber, dass das Gebäude, in dem die Handelskammer ansässig sei, nicht Eigentum der Kammer sei, sondern der Stadt gehöre. Die Kosten für die Instandhaltung und laufenden Kosten seien aber durch die Handelskammer zu

tragen. Eine Miete würde hingegen nicht anfallen. Aufwendungen würden im Bereich der laufenden Personalkosten vorliegen und durch einen sog. Haustarif jährlich steigen. Die betrieblichen Aufwendungen seien jedoch übersichtlich. Insbesondere seien sie im Bereich der Materialaufwendungen kaum disponibel, da hier vor allem die Aufwendungen im hoheitlichen Bereich, wie der Berufsbildung, getätigt werden. Als zusätzliche Belastung könnte auch die Corona-Krise Auswirkungen auf die Kammer haben und finanzielle Engpässe verursachen. Derzeit seien die Auswirkungen auf den Haushalt jedoch noch nicht absehbar. Stundungen und Ratenzahlungsmöglichkeiten im Beitrag, die man nun den Mitgliedern zur Verfügung stellt, könnten dazu führen, dass die Beitragsplanung von 35 Mio. EUR pro Jahr schneller erreicht werde als geplant. Absehbar sei – wenn auch Stand heute keine fundierte Prognose möglich sei - zumindest, dass die Kammer im Jahre 2020 unter den Beitragseinnahmen des Vorjahres liegen werde. Außerdem sei zu berücksichtigen, dass für die Durchführung von Prüfungen erhöhte Raumkapazitäten vereinnahmt werden müssten, um den Hygiene- und Schutzbestimmungen gerecht zu werden. Auch diese könne zusätzliche Mietkosten verursachen. In diesem Kontext erinnert er jedoch an die bereits durch die Kammer überstandene Krisen und Herausforderungen.

Herr Dr. Buhck und Herr Flotow erfragen, ob im Rahmen der Liquiditätsplanung die Kosten der jährlich tatsächlich ausgezahlten Pensionen und die Kosten der Personalplanung berücksichtigt worden sind.

Herr Kornella erklärt, dass der Kassensturz grundsätzlich auf der Ebene von Ertrags- und Aufwandszahlen – und nicht auf Cash-Flows – aufbaue. Stand heute habe die Handelskammer aus der Bedienung der Pensionen herauskein Liquiditätsproblem, denn der Großteil der Pensionen belaste den heutigen Haushalt als Aufwand und nicht als Auszahlung. Die Handelskammer stehe daher vielmehr vor der Herausforderung, die aktuellen und zukünftigen Erhöhungen der Pensionsrückstellung ergebnisseitig auszugleichen. Bisher sei eine Zinsausgleichsrücklage gebildet worden, um die prognostizierten Zinsänderungseffekte auszugleichen. Die Rücklage sei aber mittlerweile aufgrund diverser in der Vergangenheit liegender Sachverhalte weitgehend abgeschmolzen. Sollte es zu einem Liquiditätsengpass kommen, könne man in diesem Zusammenhang kurzfristig auf das Wertpapierportfolio, welches mittel- und langfristig der Deckung der Pensionen diene, zurückgreifen oder als Alternativmöglichkeit eine Kreditaufnahme erörtern. Die Rücklagen seien im Eigenkapital neben der sog. Nettosition aufgeführt.

Herr Franzen betont, dass bereits in den vergangenen Jahren in die Pensionskasse gegriffen wurde, befürwortet es jedoch zukünftig grundsätzlich nicht.

Die Plenarier diskutieren über mögliche Zinseffekte, die sie jedoch als rein spekulativ betrachten und daher nicht in eine Entscheidungsgrundlage einbeziehen wollen. Darüber hinaus werde die Investition in das HKIC skeptisch betrachtet.

Herr Präses Prof. Aust informiert darüber, dass die HSBA ebenfalls unter der Corona-Krise leide. Herr Dr. Killinger führt in diesem Zusammenhang aus, dass das Gebäude HKIC zukünftig diskutiert werden solle und die finanziellen Aspekte unabhängig von der Corona-Krise betrachtet werden müssten.

TOP 10 (Neu TOP 8): „Wege aus der Krise“ – norddeutsche Position

Herr Vizepräsident Pirck betont die Bedeutung eines einheitlichen und abgestimmten Verhaltens in wirtschaftspolitischen Positionierungen zwischen den Kammern der IHK Nord. Daher wolle man mit dem vorliegenden Papier eine gemeinsame wirtschaftspolitische Strategie der norddeutschen Kammern verabschieden.

Herr Dr. Süß stellt die Forderungen anhand von vier Handlungsfeldern im Einzelnen vor. Zum einen seien hierbei kurzfristige Maßnahmen vorgeschlagen, um möglichst schnell aus der Krise zu kommen, zum anderen jedoch auch strategische Forderungen, die das Wirtschaftswachstum in Norddeutschland langfristig steigern sollen. Ein Handlungsfeld ziele beispielsweise auf die Sicherung der Attraktivität des Standortes Norddeutschlands, der Städte sowie der Regionen. Darüber hinaus seien freie Märkte zu garantieren und internationale Lieferketten am Leben zu erhalten. Dies sei durch die Wiederherstellung des EU-Binnenmarktes und neue Regeln für zukünftige Pandemiesituationen zu schaffen. Weiterhin sollten Investitionsprogramme aufgelegt werden, um die Zukunft Norddeutschlands abzusichern. Hierfür könne eine Innovationsstrategie, bspw. eine norddeutsche Wasserstoffstrategie über alle fünf Bundesländer im Norden hinweg, anvisiert werden.

Herr Zippel empfiehlt, dass regionale Innovationsstrategien als parallele Maßnahmen, insbesondere im Sinne einer regionalen Wertschöpfungskette mitgedacht werden sollten.

Das Plenum beschließt mit 47 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen, die vorgestellten Eckpunkte des Positionspapiers „Wege aus der Corona-Krise III“ und beauftragt das Präsidium und die Geschäftsführung, das Papier in diesem Sinne zu finalisieren.

TOP 11 (Neu TOP 9): Verschiedenes

Frau Beckmann bedankt sich bei den Mitarbeitern der IT, insbesondere bei Herrn Funke, für die professionelle Umsetzung und Einführung in die technische Umsetzung der hybriden Sitzung.

Herr Präses Prof. Aust schließt die Sitzung um 19:28 Uhr.

Hamburg, 28. Mai 2020

gez. Armin Grams
stellv. Hauptgeschäftsführer